

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.7.1928 (No. 157)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amen, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 8515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Siedlung zur Bekämpfung der Landflucht

Das Verhältnis von Landflucht, Landwirtschaftsnot und Siedlungstätigkeit wird von dem bekanntem Siedlungsfachmann Ministerialdirektor Articus in einem interessanten Aufsatz der „Zeitschrift für Selbstverwaltung“, Organ des Deutschen Landkreistages, in interessanter Weise beleuchtet. Wenn überhaupt der Landflucht Einhalt geboten u. wenn z. B. in den Ostprovinzen das Deutschtum gegenüber den eindringenden Polen erhalten werden soll, so muß die öffentliche Siedlungstätigkeit elastischer gestaltet werden als bisher. Die Auswandererziffern, aus denen sich ergibt, daß in den letzten drei Jahren nicht weniger als 190 000 Deutsche ausgewandert sind, beweisen die Notwendigkeit der Siedlung. Daß diese das einzige Mittel sind, um die Auswanderung zu vermindern, ersieht man besonders daraus, daß unter den Auswanderern im Jahre 1927 24,7 Prozent entweder zweite oder dritte Bauernsöhne oder Landarbeiter waren.

Die Agrarkrise hat unstrittig die Auswanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, deren Erhaltung für die deutsche Wirtschaft von besonderer Bedeutung ist, verstärkt, und wird sie noch weiter verstärken, wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die Schaffung von Familienbetrieben, die auf fremde Arbeitskräfte nicht angewiesen sind, und die Herstellung von Arbeiterheimen wird in Zukunft innerhalb der Siedlungstätigkeit eine besondere Rolle spielen müssen.

Um das Siedlungswerk zu fördern, ist man neuerdings dem Gedanken nahegetreten, die Landkreise mehr als bisher an der Siedlungstätigkeit zu beteiligen. Auch Articus mißt der Mitarbeit der Landkreise eine außerordentliche Bedeutung bei. Hierbei darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Schwierigkeiten dieser Mitarbeit, zumal im Anfang, sehr groß sein werden. Dieser Umstand darf jedoch die verantwortlichen staatlichen Stellen nicht abhalten, so leistungsfähige Gebilde, wie die Landkreise, als aktiv Beteiligte mehr als bisher in das Siedlungswerk einzuschalten.

Schutz der Reichsfarben in den Seebädern

Wie der Aml. Kreuz. Freisedienst mittelst, hat der Minister des Innern an die Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeibehörden der Regierungsbezirke Königsberg, Marienwerder, Stettin, Köslin, Stralsund, Schleswig und Aurich, in dem er seinen Erlaß vom 5. Aug. v. J. über den Schutz der Reichsfarben in den Seebädern besonders in Erinnerung bringt. Der Minister betont, daß auch in diesem Jahre alle geeigneten Maßnahmen zur unbefangenen Sicherstellung des Schutzes der Reichsfarben, insbesondere durch Einlass der erforderlichen Zahl von Polizeibeamten, zu treffen sind. Die nachgeordneten Behörden haben die Beamten im Sinne des genannten Erlasses erneut zu befehlen. Der Minister wünscht zum Schluß des Erlasses, ihm über die im Laufe des Sommers gesammelten Erfahrungen, unbeschadet sofortiger Berichterstattung in wichtigen Einzelfällen, zum 1. Aug. 1928 zu berichten.

Der belgische Außenminister zur Räumungsfrage

In seinen Ausführungen zum Haushalt des Ministeriums des Auswärtigen in der Kammer berührte Omans auch die Räumungsfrage. Er führte dazu u. a. aus: Ich habe seinerzeit Belgiens Haltung in der Räumungsfrage darzulegen, die im Ausland Billigung gefunden hat. Die Frage hat zahlreiche Kommentare und Veröffentlichungen hervorgerufen, aber den Bezirk einer studienweisen Beschäftigung und Theorie nicht verlassen. Es liegt in dieser Hinsicht keinerlei diplomatische Tatsache vor und Belgien hat die Gewissheit, daß es zu allen Beratungen der interessierten Mächte über die definitive Frage der Räumung des Rheinlandes hinzugezogen werden wird. Diese Frage ist dieser Tage wieder aufgetaucht, und der deutsche Reichskanzler hat die von Deutschland in dieser Hinsicht erhobenen Ansprüche darzulegen, ohne sich im übrigen genau darüber zu äußern, welche Räumung und unter welchen Bedingungen er sie wünscht.

Zum Urteil im Schachtel-Prozess

In der Urteilsbegründung im Schachtel-Prozess wurde u. A. ausgeführt, die Beweisaufnahme habe festgestellt, daß die Schachtelorganisation auf der einen Seite von den Vereinigungen ehemaliger Garbenbesitzer sowie gewisser kapitalistischer Kreise und andererseits von gewissen Institutionen einiger Auslandsstaaten finanziert worden sei. In den letzten drei Jahren habe diese Organisation mehrere hunderttausend Rubel empfangen, wobei die Gelder entweder persönlich von den Mitgliedern der Organisation bei ihrer Rückkehr von dienstlichen Auslandsreisen oder durch Unterstützung gewisser ausländischer Institutionen übermittelt worden seien. Eine der Finanzquellen seien auch die prozentualen Beiträge von den Bestellungen gewesen, die durch die Mitglieder der Organisation an deutsche Firmen vergeben wurden, wobei der Empfang der Geldmittel aus diesen Quellen in einzelnen Fällen dadurch erleichtert wurde, daß in einigen dieser Firmen leitende Posten mit russischen Emigranten besetzt waren, die ihrerseits bereit waren, der Schachtelorganisation allseitige Unterstützung anzubieten zu lassen. Ferner habe das Gericht festgestellt, daß anfangs des Jahres 1926 ebenso wie die Charlotter Zentrale auch die Moskaner Zentrale in Tätigkeit zu treten begannen, die die schädlichsten Elemente in den verschiedenen Zirkeln und Volkstommiariaten bereinigen sollten.

250 deutsche Ferienkinder nach Frankreich. „Quotidien“ meldet, daß in diesem Sommer 250 deutsche Kinder und französische Kinder ihre Ferien bei französischen bzw. deutschen Familien verbringen werden.

Letzte Nachrichten

Amerikanisches Urteil über die deutsche Wirtschaftslage

W.D. New York, 7. Juli (Tel.) Nach einer Meldung der Associated Press aus Chautauque (New York) sprach vor dem Institut für internationale Beziehungen Prof. Robert Moore von der Colgate-Universität über „Deutschland 10 Jahre nach dem Krieg“. Er hob in seinem Vortrage die Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland seit Schaffung des Dawes-planes hervor und führte aus, er habe in Deutschland weniger wirkliche Arbeitslosigkeit und Armut gesehen als in den Vereinigten Staaten. Die in der Kanzlerrede der vorigen Woche ausgesprochenen Wünsche einer Festsetzung der Endsumme der Reparationszahlungen und der Räumung des Rheinlandes stellten ein vernünftiges Verlangen dar, zu dessen Erfüllung Amerika seinen Einfluß einsetzen sollte.

Spende Dr. Strefemanns für die Vesle-Kari-Expedition

W.D. Oslo, 6. Juli. (Tel.) Reichsaussenminister Dr. Strefemann hat als persönlichen Beitrag für die Vesle-Kari-Expedition zur Auffindung der „Latham“ dem Hilfskomitee der norwegischen Zeitungen 1000 Kronen geschickt.

Ein kommunistischer Antrag zum 1. Mai

W.D. Berlin, 7. Juli (Tel.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt werde. Der Antrag soll gemeinsam mit der Vorlage des Nationalfeiertages beraten werden.

Gründung des „Deutschen Vereins London“

W.D. London, 7. Juli (Tel.) Gestern Abend vollzog sich im Rahmen eines Herrenessens der deutschen Kolonie in London ein für das Deutschtum wichtiges Ereignis. Die Gründung des „Deutschen Vereins London“, der allen denen, die dem Deutschtum und der Förderung der deutsch-englischen Beziehungen Interesse entgegenbringen und besonders den Deutschen und Deutschsprechenden einen Witzelpunkt für die Pflege und Förderung von Kunst und Wissenschaft und des geselligen und Vereinslebens in London unter Ausschluß jeglicher politischer sowie religiöser Ziele geben soll. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde einstimmig Max Lindlar, der Vertreter des Kaufes Weichheit in London, gewählt. Vizepräsident wurde der mit dem Gesandtschaftsrat Wegman und Legationssekretär Feine von der deutschen Botschaft an dem Essen teilnahm, betonte das Interesse, das der deutsche Botschafter seit langem an der Gründung des Deutschen Vereins genommen habe und gab der Hoffnung des Botschafters Ausdruck, bald im Kreise des neugegründeten Vereins weilen zu dürfen. Mit dem Gelingen des Deutschtumliebendes fand der Abend seinen Abschluß.

Schwere Flugzeugabstürze

W.D. Osnabrück, 7. Juli (Tel.) Heute früh stürzte kurz nach dem Start ein Militärflugzeug bei einer Kurve ab und bohrte sich tief ins Erdreich ein. Der Pilot und sein Begleiter, zwei Sergeanten, erlitten so schwere Verletzungen, daß sie kurz darauf im Krankenhaus starben. Die Maschine wurde zerstört.

Beim Absturz eines französischen Militärflugzeuges wurde gestern der Führer getötet und sein Begleiter verletzt.

Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister a. D. von Reubell und nahm den Vortrag des Reichskanzlers entgegen.

Im Reichstage herrschte am Freitag vollkommene Ruhe. Nur wenige Abgeordnete waren im Laufe amesend. Fraktionsführungen sind erst wieder für Dienstag vormittag eintreffen. Auch die ersten Sitzungen der Reichstagsausschüsse sind erst für Dienstag anberaumt. So werden am Dienstag der Rechtsausschuß über die Amnestiefrage, der Haushaltsausschuß, der Wohnungsausschuß, der Soziale und der Auswärtige Ausschuss tagen. Auch erneute Parteiführerbesprechungen über die Frage der Lohnsteuer und die Amnestie werden nicht vor Dienstag stattfinden. Reichsjustizminister Koch-Weser ist gestern mit dem Flugzeug nach London abgereist, wo betamntlich eine internationale demokratische Tagung stattfindet.

Übergang der Justizverwaltung von Weckburg-Schwerin an das Reich. Laut „Demokratischem Zeitungsdienst“ wird in einem Antrage der Regierung von Weckburg-Schwerin die Reichsregierung ersucht, die Justizverwaltung Weckburg-Schwerins zu übernehmen. Für diese Übernahme wäre ein verfassungsänderndes Gesetz nötig, denn im Artikel 108 heißt es, daß die ordentliche Gerichtsbarkeit durch das Reichsgericht und durch die Gerichte der Länder ausgeübt wird.

Ein Bewahrungsgesetz vom Zentrum vorgelegt. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat den Entwurf eines Bewahrungsgesetzes vorgelegt. Danach kann eine Person über 18 Jahre, welche verwahrlustig ist oder zu verwahrlustlos droht, durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts der Bewahrung überwiesen werden, wenn dieser Zustand auf einer krankhaften oder außergewöhnlichen Willens- oder Verstandeschwäche beruht und keine andere Möglichkeit besteht, diesem Zustand der Gefährdung oder Verwahrlosung zu begegnen. Die Bewahrung wird in einer geeigneten Anstalt oder Familie unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten durchgeführt.

Steuerbares Vermögen

Von Dr. Franz Kempf, Berlin

Der Streit um die Festsetzung des deutschen Volksvermögens dauert wenigstens solange, als es eine deutsche Volkswirtschaft gibt. Es gibt Lehrmeinungen, die den Begriff einer „deutschen Volkswirtschaft“ überhaupt ablehnen; dieser Meinungsstreit hat jedoch nur rein theoretischen Charakter. Die Nachkriegszeit vor allen ist an diesen Auffassungen vorübergegangen; sie verlangt machgebietend konkrete Begriffe, verlangt Reparationen, Steuern und dazu erforderliche Unterlagen.

Die Vorkriegszeit begnügte sich mit mutmaßlichen Schätzungen über die Höhe des deutschen Volksvermögens. Aber Schätzungen sind keine Grundlagen für die Steuerkraft eines Volkes, selbst wenn sie mit dem Namen von fachwissenschaftlichen Autoritäten gedeckt werden. Auf jeden Fall leidet unter solchen Umständen das Prinzip der Steuergerechtigkeit.

Solang das Reich nur indirekten Anteil an der Besteuerung des Vermögens nahm und es den Bundesstaaten vorbehalten blieb, ihren Finanzbedarf aus dem Aufkommen aus Vermögensbesitz zu decken, war es zweifellos leichter, eine Grundlage der Erhebung zu finden, die den begrenzten Bedürfnissen gerecht wurde. Jedes Land hatte seine eigene Methode der Veranlagung, seine Freigrenzen, seine Tarife und Proportionen. Eine Vereinheitlichung brachte auch die erste reichsgehehliche Vermögensbesteuerung nicht, die als Wehrbeitrag durch Gesetz vom 3. Juli 1913 eingeführt wurde. Die steuerfreie Grenze war bei 10 000 M. Vermögensbesitz. Zum zweitenmal meldete das Reich seinen Bedarf an die Besitzenden mit dem Gesetz vom 30. April 1919. Dieser Besitzsteuer hatte den Charakter einer Kriegsgewinnsteuer zur Erfassung des Vermögenszuwachses. Der Steuerfuß war progressiv von 0,75 v. H. ansteigend; als Stichtag war der 31. Dezember 1913 festgesetzt. Der eintretende Währungszerfall aber bereitete jede Beratungsgrundlage, bis nach der Stabilisierung die Reichsvermögenssteuer vom Jahre 1924 (gesetzl. Grundlagen vom 8. April 1922 und Vorschriften der 2. und 3. Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 und 14. Februar 1924) eine für alle Steuerpflichtigen gleiche rechtliche Norm brachte. Wohl war die Veranlagung und Durchführung von einer Stelle organisiert, aber es fehlte abermals an einheitlicher Bewertung der Vermögen. Die Freigrenze war diesmal auf 5000 M. herabgesetzt, der Steuerfuß nach dem Charakter einer allgemein progressiven Vermögenssteuer von 3 bis 7,5 Promill ansteigend.

Der Gedanke der Vermögensbesteuerung beruht auf der zusätzlichen Belastung des Einkommens aus Vermögensbesitz. Daß hierzu alle Arten von Vermögen herangezogen werden müssen, versteht sich von selbst, ob es sich nun um Grundvermögen, Betriebs- oder Kapitalvermögen handelt. Die Gesamtheit dieser Steuerarten bezeichnet man als „Steuerbares Vermögen“. Dieses steuerbare Vermögen ist aber nicht identisch mit Volksvermögen. Es fehlen einmal die ganzen Vermögensbestände des Reiches, der Länder und Gemeinden, die bekanntlich steuerfrei sind. Es fehlen außerdem alle unter die Freigrenze fallenden Anteile, die von nicht untergeordneter Bedeutung sind.

Zumerhin gewähren die Veranlagungen zu dem Wehrbeitrag und zur Vermögenssteuer für das Jahr 1924 Zahlenvergleiche, die geeignet sind, ein Spiegelbild der veränderten Wirtschaftskraft unseres Volkes aus Vorkriegszeit zu geben.

Im Reich war am 31. Dezember 1913 das steuerbare Reinvermögen 182 313 498 000, am 31. Dezember 1923 dagegen 70 806 368 000 M. Der Verlust des Krieges und der Vermögenswerte durch die Inflation beträgt demnach 111,5 Milliarden oder 61,16 Proz. Zu berücksichtigen ist dabei eine starke Einbuße an Reichsgebiet durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Außerdem haben sich die Bewertungsvorschriften, sowie die Grenzen für steuerfreie Vermögen wesentlich verschoben. Die Zahl der Steuerpflichtigen ging von 1913 bis 1923 zurück von 2 670 765 auf 1 559 390, über 10 Millionen Mark Vermögen besaßen für die Veranlagung zum Wehrbeitrag noch 367 Pflichtige, das sind 1 vom Tausend der Gesamtzahl. Im Jahre 1923 zählten nur noch 54 Pflichtige zu dieser Vermögensgruppe. Die Abnahme beträgt 86,41 Proz. In der Vermögensgruppe von 100 000 bis 500 000 M ist der Anfall 32,7 Milliarden Mark.

Das Land Baden hatte unter den Vermögensverlusten durch Krieg und Inflation besonders stark zu leiden, wohl am stärksten von allen Ländern des Reiches. Gemessen am Hochvermögen hatte es nur einen Anteil von 3,28 Proz. an der Reichssumme. Während also die Steuerlast sprunghaft in die Höhe stieg, verringerte sich das steuerbare Vermögen um Millionen. Hierzu einige Vergleichsziffern. Im Jahre 1914 hatte Baden ein steuerbares Vermögen von 10 322 695 000. Die Steuerlast betrug 11 354 964. Unmittelbar nach Kriegsende (1919) war die Vermögensbasis auf 3 858 837 500 gesunken, die Steuerlast dagegen auf 19 208 229 Goldmark gestiegen. Die Inflation verringerte den Vermögensbesitz weiter auf 3 574 956 200, dem im Jahre 1924 eine Steuerlast von 18 547 246 gegenüberstand. Für das gleiche Jahr wurde das steuerbare Reichsvermögen mit 109 271 753 800 ausgewiesen, dem eine Reichsteuerlast von 590 943 874 gegenüberstand. Die Steuerlast ist begrifflich als eine Vorbelastung aufzufassen, die gedeckt wird durch die Besteuerung des Einkommens aus Vermögensbesitz.

Baden diese Zahlen nun eine allgemeine Übersicht über die ständig wachsenden Schulden auf ein fortwährend sinkendes Vermögen gegeben, so bleibt noch im einzelnen zu zeigen, wie sich bei einzelnen Vermögensgruppen der rapide Verfall des Wertes ausgewirkt hat. Die nachfolgenden Zahlen, die wiederum nur die badischen Verhältnisse demonstrieren, sind vergleichsweise für den Stand vom Veranlagungsstichtag des Wehrbeitragsgesetzes und Reichsvermögenssteuergesetzes gültig. Das Reinvermögen betrug am 31. Dezember 1913 für 115 454 Pflichtige 6 463 571 M. Am 31. Dezember 1923 war die Zahl der Pflichtigen auf 57 135 (minus 50,51 Proz.) zurückgegangen, das Reinvermögen auf 2 178 245 M. (minus 4 285 326 M. = 66,30 Proz.). Vor dem Kriege hatte das Land Baden keinen „Schwervermögen“, der ein Zehnmillionenvermögen zu versteuern hatte. Als ein Kuriosum erscheint es, wenn im Nachweis für 1924 diese höchste Vermögensgruppe nun auch besetzt ist. Aber einer allein vermag die Riesensumme, die das badische Volk an Vermögensverlusten gebracht hat, nicht auszugleichen.

Es würde ermüdend auf den Leser wirken, die Verluste in jeder einzelnen Gruppe hier aufzuzeigen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß von acht verschiedenen Vermögensgruppen sieben einen Reinvermögensverlust von je über 50 v. H. und zwar von 55,37 bis 89,35 Proz. und die achte einen solchen von 41,61 Proz. zu verzeichnen haben. Das Statistische Reichsamt, das diese Zahlen veröffentlicht hat (Verlag Götting, Berlin, 1927), kommt zu dem Ergebnis: „Die Abnahme in Baden ist gegenüber andern Ländern besonders auffällig, weil in allen Gruppen von a bis h.“ Hier sprechen Zahlen mehr, als Worte auszudrücken vermögen.

Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handelsbesprechungen. Was die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handelsbesprechungen betrifft, die seinerzeit unterbrochen wurden, um das Urteil im Schwabing-Prozess abzuwarten, so erfahren die Berliner Mütter, daß in der nächsten Zeit voraussichtlich Besprechungen zwischen Vertretern der Sowjetregierung und den zuständigen deutschen Stellen über die Erfahrungen stattfinden werden, die der Prozess gezeitigt hat. — Die „Germania“ bemerkt dazu: Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die deutsche Industrie Wert darauf legt, von der Sowjetregierung Garantien dafür zu erhalten, daß ihre Fabriken in Rußland in Zukunft unbehelligt von den dortigen Behörden ihren Arbeiten nachgehen können und nicht, daß der geringste Maschinenfehler Anlaß bietet, Deutsche zu verhaften und ihnen den Prozess zu machen.

Karlsruher Konzerte

Die musikalische Jugend tummelt sich noch immer voll Eifer auf dem Konzertpodium und verlängert dadurch die Ebene des Musiklebens, das sonst mit Sommerbeginn endgültig erledigt zu sein pflegt, um mindestens einen Monat. Aber auch das Publikum ist heuer besonders verlässlich: Es gibt in den Sälen ein fröhlich-neugieriges Gedränge wie selten in der eigentlichen Hochsaison, und mit großer Spannung werden die einzelnen Ereignisse erwartet und verfolgt; selbst schwächeren Leistungen gegenüber, mit denen sich niemand unter normalen Umständen begnügen würde, verhält man sich wohlwollend und ist im Urteil sehr milde gestimmt. Die Kritik fühlt sich natürlich ebenfalls zu lautmächtigem Nachdenken verpflichtet, ohne jedoch ganz die Frage unterdrücken zu können, ob diese Anzahl von Veranstaltungen an schönen und warmen Juliabenden wirklich nötig ist oder ob man künftig nicht doch zweckdienlicher wieder nur die über Durchschnitt begabten herausstellen sollte, anstatt jetzt auch Mittelbegabte und Minderbegabte ins Treffen zu führen, an deren Leistungen kaum irgend etwas zu loben ist.

In den beiden Prüfungskonzerten des Münzischen Konservatoriums, die in der abgelaufenen Woche stattfanden, gab es immerhin einige Schüler, die vor einer größeren Öffentlichkeit ihren Qualifikationsnachweis nachdrücklich erbrachten. So ließ ich mir von dem der altklassischen Violin- und Klavierliteratur gewidmeten Abend berichten, daß die drei Bruders-Schüler **Milnes, Deukler und Kamm**, die je ein Violinkonzert von Tartini, Vivaldi und Bach spielten, ihre Aufgaben musikalisch gewandt und technisch sicher bewältigten. Beim zweiten Konzert fiel sehr angenehm der junge Cellist **Otto Frey** auf, der den Solopart in Alighieris A-Moll-Werk tönend schön und mit beherrschter Ausgeglichenheit wiedergab. Von den andern Instrumentalisten ist auch noch mit Auszeichnung **Kurt Hurre** zu nennen, dessen pianistische Kraft sich an Liszts Nigollettoparaphrase erprobte. In gutem künstlerischem Aufstieg bewegten sich wiederum die Solovorträge der Gesangsklasse Würg, während ein zwar mit einem mächtigen Naturorgan ausgestattet, aber gänzlich unfruchtbarer Bariton den Beweis begiegender Schulung schuldig blieb.

Am Badischen Landeskonservatorium wagte sich das weiter vorgeschrittene Schülermaterial zunächst an einen Mozartabend, von dem, einiges Unangenehme beiseite lassend, vor allem die „Figaros Hochzeit“ entnommenen Arien und Duette lo-

Die Orientierungsfahrt des Bad. Landtags

Auf Einladung des Finanzministers haben unsere Volksboten zusammen mit den Mitgliedern der Regierung, den zuständigen Referenten und den Landtagsjournalisten am Freitag morgen 1/8 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge eine Reise ins badische Oberland angetreten. Man kann der Meinung sein, daß diese Fahrt nach den aufreibenden parlamentarischen Verhandlungen der letzten Wochen als angenehme Abwechslung empfunden wird. Gleichwohl gilt auch sie der ernsten Arbeit, nämlich der Orientierung über bedeutsame Fragen des badischen Wirtschaftslebens, die der Lösung entgegenstehen: **Schlusferwerk und Oberregulierung**. Schon im Zuge, während man Badens geeignete Kluren durchleitet, fanden im Konferenzwagen nacheinander zwei Sitzungen für je eine Gruppe der Fahrteilnehmer statt. Finanzminister Dr. Schmitt hielt jeweils einen einleitenden Vortrag über die **Elektrizitätsversorgung der Welt**, und speziell die **badische Elektrizitätswirtschaft** unter Berücksichtigung des **Schlusferwerkprojekts**, zu dessen Ausführung das Badenwerk erst in diesen Tagen die behördliche Genehmigung erhalten hat.

Schlusferwerk und Wasserwirtschaft

Der Minister führte u. a. aus: Die Elektrizitätsversorgung hat in den letzten drei Jahrzehnten außerordentliche Fortschritte gemacht, und wir dürfen, wie der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, eine ungeheure Steigerung des Verbrauchs erwarten. Bezeichnend für die Tendenz der Entwicklung ist die Abnahme der Zahl der Werke bei gleichzeitiger Steigerung der installierten Leistung und Erzeugung. Während in Deutschland im Jahre 1922 noch rund 3500 Werke im Betrieb waren, betrug die Zahl im Jahre 1923 nur noch rund 3000. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika in welchen der wirtschaftlich günstige Boden die Nationalisierungsbestrebungen leichter durchführen ließ, waren im Jahre 1922 6355 Werke, im Jahre 1923 4827 und im Jahre 1923 nur noch 44409 Werke in Betrieb. Diese Zahlen betreffen nichts anderes, als daß die Wirtschaftlichkeit verlangt, die Erzeugung in weniger, jedoch um so größeren Werken zu konzentrieren. Während a. B. in Deutschland die mittlere Leistung pro Werk im Jahre 1913 250 Kilowatt betrug, stellt sie sich heute auf rund 2000 Kilowatt. Diese Entwicklung steht im engsten Zusammenhang mit den gewaltigen Veränderungen, die hinsichtlich der Betriebskraft eingetreten sind. In den letzten Tagen erst sind die Bestellungen von zwei Maschinen-einheiten für das Großkraftwerk Golpa bei Bitterfeld von je 85 000 Kilowatt vergeben worden. Diese Erweiterung wurde durch die gesteigerte Nachfrage nach Elektrizität und zur besseren Versorgung Berlins nötig. Der Sieg der Großkraftzentrale war ihren außerordentlichen technischen und wirtschaftlichen Vorzügen zu verdanken. Die Verbilligung der elektrischen Arbeit führt auch zum gesteigerten Verbrauch. Der Jahresverbrauch je Kopf der Bevölkerung beträgt in Deutschland zur Zeit 186 Kilowattstunden, in den Vereinigten Staaten 323 Kilowattstunden, in Norwegen 463 Kilowattstunden, in der Schweiz 530 Kilowattstunden. Auf der ganzen Welt finden wir deshalb zur Zeit Projekte über neue Großkraftwerke. Ein ganz besonderer Vorteil der Großkraftwerke liegt in der Möglichkeit, die den Ländern zur Verfügung stehenden Energiequellen erst wirtschaftlich auszunutzen. Von besonderer Wichtigkeit ist deshalb für Baden die Verwertung seiner naturgegebenen günstigen Wasserkräfte durch Großkraftwerke. Rund 15 Proz. der in Deutschland zur Verfügung stehenden Naturkräfte sind Wasserkräfte in einer Gesamtleistungsfähigkeit von rund fünf Millionen Kilowatt, wovon 750 000 Kilowatt allein auf Baden entfallen. Das Schlusferwerk mit seiner Gesamtleistung von rund 200 000 Kilowatt, das sich stolz neben die großen Weltkraftwerke stellen darf, bringt also über ein Drittel der in Baden überhaupt aus Wasserkräften zu gewinnenden Leistung. Es wird umso wertvoller, als es als Speicherwerk in Zusammenarbeit mit den Kraftwerken des Oberlands und den Kraftwerken der Nachbarländer arbeiten kann. Die Kraftwerke besitzen keine Speichermöglichkeit und zwingen dazu, dafür Sorge zu tragen, daß die aus ihnen gewonnene elektrische Arbeit in ununterbrochenem Fluß verwertet wird. Die Verbraucher benötigen jedoch die Elektrizität vorwiegend zu gewissen Tageszeiten, und die während der Nachtzeit in den Kraftwerken anfallende Energie muß deshalb aufgespeichert werden. Dies geschieht in den hydraulischen Akkumulierungsanlagen, deren günstigste in Deutschland das Schlusferwerk darstellt, dessen gesamtener Speicherinhalt der Erzeugung von rund 130 Millionen Kilowattstunden dient.

hender Erwähnung wert sind. Fertig und fast schon konzertreif erschien auch **Hertha Rohrer**, die mit dem Klavierpart des Krönungskonzertes einen recht guten Eindruck hinterließ. Sehr erfreulich war sodann bei dem Schubertabend eine Konzertaufführung des Opernintakters „Der häusliche Krieg“ anzuhören. Zu den Meisterwerken zählt freilich diese 1823 geschriebene Komposition nicht, auch des abernern Textbuches wegen dürfte sie wohl kaum eine moderne Bühne adoptieren, trotzdem birgt das Werk in seinen chorischen Teilen, die ausdrucksstark sind, erhebliche Erfolgsmöglichkeiten. Mit Recht tragen gerade diese Stücke Merkmale bewusster konzentrierter Arbeit. **Fritz Metzger**, der musikalische Leiter, hatte den durch Damen und Herren des Bad- und Lehrergesangsvereins verstärkten Anstaltschor trefflich einstudiert und überhaupt den Apparat, von Franz Hesse am Flügel gut unterstützt, sicher in der Hand. Bei den Solisten mußte man dagegen manch Schülerhaftes mit in Kauf nehmen; gleichwohl gab es neben unfertigen doch auch einige abgeschlossene Leistungen. Beim dritten, einem Kammerorchesterabend kam schließlich eine Aufführung von Pergolesi „Stabat mater“ zustande, die sich ernsthaft hören lassen konnte und unbedingt nochmals im nächsten Winter öffentlich wiederholt werden sollte. Denn dabei durfte man in der Tat bezagen, daß die zu Beurteilenden noch Schüler sind. Nicht nur das von Pergolesi angestrebte Klangbild ward einwandfrei realisiert, es wurde überdies von allen Mitwirkenden mit so bemerkenswertem Stilgefühl musiziert, daß sich außerordentlich eindrucksvolle Momente ergaben. Das Werk übersteigt allerdings nicht gewisse Grenzen sowohl im äußeren Format (Sopran, Alt, Frauenchor und Kammerorchester) wie im inneren Aufbau und kann daher, selbst wenn keine berühmten Solisten zur Verfügung stehen, zu größtmöglicher Eindringlichkeit gebracht werden. Daran fehlt es nun sicherlich der abgerundeten Gesamtleitung, die dem Kassimir-Schüler **Walter Schläpfer** als sehr talentiertem Stabführer unterstand, nicht, auch bei den Solistinnen war eine stimmlich wie feilsch dem Charakter des Werkes absolut angepasste Tonfärbung fühlbar. Von schöner Innerlichkeit getragene Gesangsleistungen boten vor allem **M. Winkler-Sarıory**, **Anne Eiss**, **Dr. S. Metzger** und **Martha Bruttel**. Mit weicher, italienisch timbrierter Kantilene beteiligte sich ebenfalls der aus Schülerinn des Instituts und Damen des Badvereins gebildete Chor. Mit auffallend sicherem Gange hatte zuvor u. a. **Gertrud Jöfel** das Violinkonzert von Ardnim gespielt. Auch dabei führte übrigens ein junger Kapellmeister (**Fritz Hermann**) die schweizerische Position eines Begleitorganisten relativ sehr gewandt durch.

Der Minister knüpfte daran einige Ausführungen über das Verhältnis von Kaufwerk zu Speicherwerk mit besonderer Rücksicht auf die badischen Verhältnisse. Er kennzeichnete dabei den Unterschied zwischen Niederdruck- und Hochdruckwerken. Von den in Baden bestehenden und projektierten Hochdruckspeicheranlagen erwähnte der Minister die hervorragendsten Vertreter: das bestehende **Schwarzbadwerk** und das künftige **Schlusferwerk**. Obwohl beide Hochdruckspeicherwerke sind, wird ihre Aufgabe eine wesentlich verschiedene sein. Das Schwarzbadwerk mit seinem etwa 14 Millionen Kubikmeter großen Staubecken ist dazu berufen, in der badischen Kraftwirtschaft die Dedung des nur während des Tages an wenigen Stunden anfallenden Spitzenbedarfes zu übernehmen, die Stärke des Schlusferwerkes aber liegt in der Bereitstellung eines 108 Millionen Kubikmeter großen Staubaumes, der das Werk in die Lage versetzt, namentlich durch Ergänzung in den Mangelzeiten die Nutzbarmachung der bei den hoch ausgebauten Nebenwerken anfallenden Sommerkraft in der allgemeinen Kraftwirtschaft zu ermöglichen. In Deutschland und in der Schweiz besitzen wir nur wenige Kraftquellen, die den Charakter eines Ergänzungswerkes besitzen.

Der Minister schloß: Die Nutzbarmachung der im Lande Baden gegebenen Naturkräfte, die allein am Oberrhein bereits eine Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden besitzen, ist nur unter der Voraussetzung des Baues des Schlusferwerkes möglich. Am 2. Juli d. J. wurde durch den Bezirksrat in Neustadt die Verleihung für die Wasserbenutzungsrechte und die Genehmigung zum Bau des Schlusferwerkes erteilt. Die Einsprüche gegen das Schlusferwerk und die erweiterte Titelfregulierung wurden fast reitlos auf dem Wege gütlicher Vereinbarung zur Erlöschung gebracht.

Ein Werk der Technik

Nach kurzem Aufenthalt in Freiburg ging es um 10 1/2 Uhr mit Sonderzug ins Oberrhein. Die Strecke bis Litzlee benutzte der Minister zu einer Besprechung. In Bärenthal wurden die Wagen verlassen, und Regierungsbaurat **Penninger** gab kurze Erläuterungen über die Einbeziehung des Litzlees in das Schlusferwerk. Gegen 11 Uhr erfolgte in Gesellschaftsautos der Reichspost die Fahrt zum Schlusfer. Sie führte über Neu-Glashütten, Alt-Glashütten und am Windfallweier entlang. Die Reisegesellschaft konnte nun an Ort und Stelle ein ungefähres Bild von dem gewinnen, was geplant ist. Auch hier war es Regierungsbaurat **Penninger**, der die Anlagen des Schlusferwerkes kurz erläuterte. Vom Schlusfer fuhr man nach Rothaus weiter, um dort das Mittagesse einzunehmen.

Nach Besichtigung der Staatsbrauerei Rothaus wurde die Autofahrt über Seeburg und Häusern fortgesetzt. Der Regen hatte inzwischen aufgehört. Auf den Höhen wehte ein kühler Wind. Der Blick streifte das Gelände der künftigen Hochbahn, des Krafthauses und des Schwarzbadens. Man befand sich in einer der reizvollsten Gegenden des Schwarzwaldes und freute sich deshalb außerordentlich, als die liebe Sonne wieder durch das Gewölk trat. Unterwegs wurde verschiedentlich Halt gemacht und von sachkundiger Seite Erläuterungen gegeben. Es verstärkte sich immer mehr der Eindruck, daß auch hier ein gigantisches Werk der Technik entstehen wird, durch welches das Landschaftsbild nur gewinnen kann. Bis zur Vollendung des Werkes dürften etwa 1500 bis 2000 Arbeiter Beschäftigung finden. Der Weg führte durch das tief eingeschnittene interessante Schwarzatal an der Rißnauer Mühle vorbei, wo man abends gegen 7 Uhr eintraf.

Der Besuch in Waldshut

Am Fahrpaus war der Gemeindevater der Kreisstadt Waldshut **berammelt**. Bürgermeister **Dr. Forster** begrüßte Regierung und Volksvertretung bei ihrem ersten Besuch in Waldshut, das die Ehre wohl zu würdigen wisse. Er betonte das große Interesse seiner Stadt am Schlusferwerk und der Oberregulierung, da sie in beiden Projekten die wertvolle Grundlage für ein neues Aufblühen am Oberrhein erblicke, in dessen Mittelpunkt zu stehen, Waldshut einen berechtigten Ehrgeiz besitze. Der Bürgermeister schloß mit der dringenden Bitte an die gesetzgebenden Faktoren, daß endlich als Ergänzung der Eisenbahnbrücke statt der Jahre die dringende Fußgänger- und Wagenbrücke erstellt würde.

Finanzminister **Dr. Schmitt** dankte für den Willkommensgruß. Badens Volk, Landtag und Regierung seien sich ihrer Pflichten gegenüber dem Oberland bewußt. Der Minister wies auf den Zusammenhang zwischen den Wasserkräften des Oberrheins und des Schwarzwaldes hin und versicherte, daß man auf Seiten der Regierung und des Landtages alles tun würde, um den Brückenbau zu unterstützen. Er entbot der Bevölkerung der Stadt Waldshut herzlichste Grüße und schloß mit einem Glückwunsch für diese Stadt.

Oberregierungsbaaurat **Feldmann** schilderte kurz die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse und äußerte sich über das Brückenprojekt. Dann fuhr man in die Stadt selbst, wo die Fahrteilnehmer ihre Quartiere aufsuchten.

Am Abend veranstaltete die Stadt Waldshut im Waldschloß ein Bankett zu Ehren der Regierung und des Landtages. Neben dem Gemeindevater und Bürgerausschuß waren auch die Spitzen der Behörden des Bezirks und die Vertreter aller Wirtschaftskreise anwesend. Der Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion, Ministerialrat **Dr. Fuchs**, hielt einen Vortrag über die Oberregulierung. Er warf einen geschichtlichen Rückblick auf die Bestrebungen zur Schiffbarmachung des Rheins bis Basel und darüber hinaus bis Konstanz und teilte mit, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz sehr günstig ständen, und daß auch ein Einvernehmen mit Frankreich zu erhoffen sei. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Pläne bald in Erfüllung gehen möchten, und daß ihre Verwirklichung auch zum Segen der Stadt Waldshut gereichen möge.

Dann ergriff Bürgermeister **Dr. Forster** nochmals das Wort, um die Gäste noch einmal namens der Einwohnerschaft von Waldshut willkommen zu heißen. Er schloß mit einem Hoch auf Regierung und Landtag.

Landtagspräsident **Dr. Baumgartner** erwiderte mit Dankesworten für die Einladung. Er bezeichnete es als eine Aufgabe der Volksvertretung, alles zu tun, um das früher vernachlässigte Hochrheingebiet und den Hohenwald dem Verkehr zu erschließen. Er betonte dann, daß die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse des badischen Volkes verlangen, daß sowohl das Schlusferwerk als auch die Oberregulierung bis Basel bzw. Konstanz verwirklicht werden. Auch berichtete er, wie es schon der Finanzminister getan hat, die Förderung des Brückenbaues, um damit eine alte Schuld abzutragen. Der Landtagspräsident beachte ein Hoch auf die Stadt Waldshut aus. Im Verlaufe des Banketts erfreuten die Stadtpfaffen mit flotten Weisen und der Gesangsverein „Frohinn“ mit dem Gesang vaterländischer Lieder. Mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde eine Lampionauffahrt des Turnvereins auf dem Rhein.

Naturismus und Schlusferwerk

Der Bezirksrat Neustadt hat bei seinen Verhandlungen mit dem Badenwerk im Laufe der langen Vorbereitungen dieses auch zu bestimmten Bedingungen für den Schutz der Landschaft verpflichtet. Sämtliche Anlagen sind so auszuführen, daß das

Aus der Landeshauptstadt

Ein Pressebeleidigungsprozess. Am Freitag kam vor dem Amtsgericht Karlsruhe eine Klage der „Volkshilfs- und Fortwärtungs“-Redakteure u. Geschäftsführer gegen den Hauptschriftleiter der „Badischen Zeitung“ Dr. Kattermann wegen Beleidigung zur Verhandlung. Gegenstand der Privatklage war die Behauptung der „Badischen Zeitung“, daß der „Vorwärts“ und der „Volkshilfs- und Fortwärtungs“-Redakteur mit einem Kapital von 800 000 M. ausgehalten würden. Die Verteidigung der Privatkläger führte Rechtsanwalt Dr. Marum, der Beurteilung des Angeklagten beantragte. Den Angeklagten Hauptschriftleiter der Badischen Zeitung, Dr. Kattermann, vertrat Rechtsanwalt Rupp, welcher ausführte, daß ein Freispruch aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen erfolgen müsse. Das Gericht hat den Angeklagten freigesprochen, weil es die Auffassung vertrat, daß der „Volkshilfs- und Fortwärtungs“-Redakteur als G. m. b. H. nicht passiv beidigungsfähig sei und daß die Redakteure und Geschäftsführer nicht gemeint gewesen seien. Das Gericht ist dabei auf die tatsächlichen Unterlagen garnicht eingegangen.

Karlsruher Schwurgericht. Als letzter Fall der Tagesordnung des Schwurgerichts kam ein größerer Meineidsprozess zur Verhandlung, in dem sich der Händler Simon Renatus Lewy und der Postinspektor Heinrich Wendelin Billiger aus Konstanz wegen Meineids bzw. Anstiftung hierzu zu verantworten hatten. Nach der Anklage soll Billiger den Mitangeklagten veranlaßt haben, in einem Eidesbelegungsprozess gegen seine Frau auszusagen, er habe sie in Straßburg in einem Weinlokal gesehen, wie sie sich in ungeziemender Weise in angetrunkenem Zustand mit einem anderen Herrn unterhalten habe. Lewy gab dies damals unter Eid an und behauptet heute noch auf der Richtigkeit dieser Angabe, ebenso wie der Mitangeklagte bestritt, ihn zum Meineid angestiftet zu haben. Zu der Verhandlung waren 88 Zeugen geladen. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab keinerlei Anhaltspunkte, daß sich Frau Billiger in jenem Lokal in Straßburg besetzt aufgeführt habe, wie es von dem Angeklagten Lewy behauptet worden war; vielmehr wurde von ihr sowie von ihrer Tochter unter Eid angegeben, daß sie dieses Lokal noch nie betreten hätten. In vorgerückter Abendstunde begann der erste Staatsanwalt sein Plädoyer, das mit dem Antrag auf Verurteilung zu je vier Jahren Zuchthaus endete. Die Verteidiger, die Rechtsanwälte Stein und Steinle traten für Freisprechung, fürsorglich für Annahme fahrlässigen Faltschleids ein. Nach zweistündiger Beratung verkündigte das Schwurgericht in früher Morgenstunde seinen Urteilspruch, der für Lewy auf ein Jahr, für Billiger auf ein Jahr neun Monate Zuchthaus, sowie je fünf Jahre Ehrverlust lautete; beide Angeklagte wurden für dauernd eidesunfähig erklärt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Staatsprüfung für Maschineningenieure

Die Regierungsbauführer: Oskar Angstmann aus Mannheim, Leopold Bech aus Karlsruhe, Walter Büchle aus Singen a. S., Hermann Germele aus Freiburg, Kurt Keitel aus Karlsruhe, Karl Reis aus Hirschfeld, Eduard Wank aus Wasserburg a. Inn, Hermann Wey aus Karlsruhe, Ernst Trübner aus Luzzern haben die diesjährige Staatsprüfung für Maschineningenieure beabsichtigt und sind zu Regierungsbaumeistern ernannt worden.

Karlsruhe, den 4. Juli 1928.

Der Minister der Finanzen
Dr. Schmitt.

Aufnahme des Durchgangsverkehrs Raftatt—Freudenstadt

Am Samstag, den 14. Juli 1928 wird der durchgehende Verkehr auf der Murgaltalbahn bis Freudenstadt aufgenommen. In diesem Tag tritt auf der Strecke Raftatt—Freudenstadt ein neuer Fahrplan in Kraft, der auch Änderungen im Fahrplan der Strecken Karlsruhe—Ettlingen/Durmersheim—Raftatt zur Folge hat. Die Strecke 22 des Auswahlfahrplans der Reichsbahndirektion Karlsruhe ist aus diesem Anlaß neu bearbeitet worden. Für die Strecken 1 und 13 werden Deckblätter erstellt, die die Fahrplanänderungen auf den Teilstrecken Karlsruhe—Ettlingen/Durmersheim—Raftatt enthalten. Sämtliche Fahrplanänderungen werden außerdem in einem Nachtrag zum amtlichen Tariffahrplan und für das Kursbuch für Süddeutschland zusammengefaßt, der an Inhaber dieser Fahrplanbehalte an den Fahrkartenschaltern unentgeltlich abgegeben wird.

Auf nachstehende wichtige Fahrplanänderungen wird besonders hingewiesen: Es verkehren früher: Zug 1287 bisher Karlsruhe ab 8.21, fünfzig 7.53, Raftatt über Durmersheim an 8.28, ab 8.34 mit Halt auf allen Zwischenstationen bis Freudenstadt an 11.45. Zug 1295 bisher Karlsruhe ab 15.25, fünfzig 14.35, Raftatt über Durmersheim an 15.13, ab 15.31 (nach Aufnahme des Anschlusses von Zug D 156 an 15.26) mit Halt auf sämtlichen Stationen bis Freudenstadt. Zug 1298 bisher Raftatt ab 17.58, fünfzig von Freudenstadt kommend, Raftatt ab 17.26, Raftatt an 18.42. Verkehrt ohne Zwischenhalte bis Karlsruhe, Raftatt ab 18.44, Karlsruhe an 19.08.

Nachstehende beschleunigte Verbindungen mit 2. bis 4. Klasse werden eingerichtet:

Zug 1283, Karlsruhe ab 7.00, ohne Zwischenhalte Raftatt an 7.24, ab 7.28, Freudenstadt abf. an 10.14.
Zug 1301 S, Karlsruhe ab 6.22, ohne Zwischenhalte Raftatt an 6.44, ab 6.47, Freudenstadt abf. an 9.21.
Zug 1313, Karlsruhe ab 18.26, ohne Zwischenhalte, Raftatt an 18.50, ab 18.53, Freudenstadt abf. an 21.30.
Zug 1293 S, Karlsruhe ab 19.15, ohne Zwischenhalte Raftatt an 19.39, ab 19.44, Freudenstadt abf. an 22.36.
Zug 1276 S, Freudenstadt abf. ab 7.51, Raftatt an 10.18, ab 10.18, Karlsruhe ohne Zwischenhalte an 10.42.
Zug 1312 Freudenstadt abf. ab 8.57, Raftatt an 11.13, ab 11.18, Karlsruhe an 11.42 ohne Zwischenhalte ab Raftatt.
Zug 1292 Freudenstadt abf. ab 18.42, Raftatt an 21.18, zum Anschluß an den Zug 985, Raftatt ab 21.24, Karlsruhe an 22.02. Sonn- und Feiertags verkehrt Zug 1292, Raftatt ab 21.22 ohne Zwischenhalte bis Karlsruhe, an 21.44, Zug 940 nach Offenburg wartet den Zug 1292 in Raftatt ab.
Zug 1302 S, Freudenstadt abf. ab 19.44, Raftatt an 22.05, ab 22.12, Karlsruhe an 22.37.

Der seither nur Samstags und an Sonn- und Feiertagen bis Gernsbach verkehrende Zug 1299, Raftatt ab 21.25, Gernsbach an 21.58, verkehrt auf der Strecke Raftatt—Gernsbach täglich. Außerdem wird dieser Zug an Samstagen und an Sonn- und Feiertagen bis Schönminzsch durchgeführt, Gernsbach ab 22.00, Schönminzsch an 22.59.

Nähere Auskunft über die Fahrplanänderungen erteilen die Bahnhöfe.

Die neuen Glasgemälde für das Krankenhaus in Singen a. S.

Durch kurzen Hinweis machten wir bereits auf die in Verbindung mit der „Badischen Weltanschauung“ im Landesgewerbeamt für leider nur wenige Tage stattfindende Ausstellung der von Professor Babberger, Karlsruhe, entworfenen und von Glasmaler Großkopf, Karlsruhe, ausgeführten drei 8 Meter hohen, farbigen Glasfenster aufmerklich, welche für den Andachtsraum des neuen, von Oberbaurat Professor Dr. Billing, Karlsruhe, erbauten Städt. Krankenhauses in Singen a. S. bestimmt sind.

Mit der Schaffung dieser Glasgemälde hat der Künstler in engster, idealer Zusammenarbeit mit dem Kunsthandwerker die guten alten Bahnen der Frühzeit der Glasmalerei in neuer, den heutigen technischen Möglichkeiten entsprechender Form beschrieben. Die Vorzüge der älteren Glasmalereien bestehen gerade darin, daß sie mit dem vorhandenen Material nichts anderes zu erreichen suchten, als zugleich mit der natürlichen und sachgemäßen Verwendung der Vergütung als Bauteil noch eine schmeichelnde Wirkung zu verbinden. Hierbei lag das Glasgemälde vor allem stets seinen Wertstoff erkennen und als solchen sprechen, ohne dabei jemals ein Wandbild (Fresco) oder Tafelbild nachahmen zu wollen, sondern hielt sich in der Frühzeit bewußt davon fern, perspektivische Darstellungen, Schattenwirkungen u. dgl. anzuwenden. Das Glas blieb stets Glas und als solches flächig, ebenso wie die gute Textur sich dem flächigen Material entsprechend nur in Flächenbehandlungen auswirken darf. Die Glasmalerei mußte damals aber mit anderen Gläsern und anderer Technik arbeiten, die Gläser konnten nur in kleinen Stücken und nur in wenig Farben hergestellt werden und für das Malen konnte nur Schwarzlot angewendet werden. Bei Befestigung der fertigen Scheiben war man zur Sicherung gegen den Winddruck auf das Anlegen der Bindeseifen oder -stangen, die stets nur horizontal angebracht werden konnten, angewiesen, wodurch diese bei der Zeichnung schon mißverständlich werden mußten.

Mit Zug und Recht ergreifen für die neue Aufgabe der Künstler und Glasmaler daher die heutigen Möglichkeiten der Anwendung meist größerer Flächenstücke, hatten auch bezüglich der Farben die größte Auswahl zur Verfügung, und Prof. Babberger ließ daher seinen Farbensinn für seine Tönungen und Nebeneinanderstellungen von Farben voll in Wirkung treten. Die größeren Glasflächen, z. B. bei einem Kopfe, benutzte er wohl zur frei stilisierten Darstellung eines Kopfes, ließ aber dabei das Glas zu seiner vollen, wahren Materialwirkung kommen, ohne den Versuch, durch allzu stark detailierte Malerei nun gemäldeartig einen Kopf anatomisch oder plastisch nachzuahmen. Die größeren Gläser ergaben auch eine andere Auffassung der Zeichnung wie früher, die für eine monumentale Wirkung jedenfalls durchaus günstig ist. Die frühere Schwarzlotmalerei ist abgelöst durch eine neue Flächenbehandlung mit einer sogenannten Übergangfarbe der Gebrüder Kiehlblod in Arnstadt, welche mit großem Vorteil mit merkbaren Kreuz- und Querschraffur verrieben, eine erwünschte und merkbare Belebung der Flächen ergibt, zugleich deren Durchsichtigkeit etwas dämpfend. Im übrigen kommt natürlich auch die alte Technik mit Schwarzlotmalerei, Ausstrichen u. dgl. berechtigterweise und in ihren richtigen Grenzen gehalten noch zur Sprache, wodurch die Behandlungsweise variiert wird. Die horizontalen, runden früheren Bindstangen sind durch statisch wirksamere, verzehrte Flacheisenstücke ersetzt, die ruhig den Linien der Verbleibung unauffällig folgen und ihren Zweck der Verfestigung der Fensterflächen dabei erreichen.

Babberger und Großkopf schufen die Fenster nach des ersten eigenen Worten und Grundgedanken: farbige Glasfenster schaffen heißt: „Die Ausdruckskraft des Glases, der Farbe und der Melinie in den Dienst rufen oder ein Glasgemälde soll, stelle es dar, was es wolle, immer deutlich aus Glas und Wei bestehen, als ein Bestandteil der Architektur, und darf durch das Dargestellte nur wie ein Gleichnis an die Realität erinnern, selber aber nicht realistisch sein wie eine Photographie, damit die Schönheit und Reinheit des Glasmaterials erhalten bleibe.“

Die Bilder der drei Fenster beziehen sich auf den Spruch: „Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid.“ Verknüpfend hierfür sieht der Heiland als Mittelpunkt auf dem Mittelfenster mit weit geöffneten Armen, ihm zu Füßen als Ausdruck der Verbürgung der Samaritaner, den gekrümmten Mann stehend. Links und rechts kommen in je zwei Gruppen die Armen und Mühseligen, links oben der Gichtliche, Lahme, Blinde, darunter ein Jüngling wohl besseren Standes, aber seelisch gebrochen. Die untere, durch die Figur eines zu Christus im Profil hingewandten, verlorenen Sohnes mit den oberen Figuren verbundenen Gruppe stellt zwei, eine Kranke bringende Männer dar. Auf dem rechten Fenster bringen im unteren Teil Mädchen einen siechen, alten Mann, während oben ein Verbundener von Frauen geleitet und gestützt zum Heiland gewendet beladend knien. Der verbindende, bärtige Mann ist Esferer in der Art eines Saulus.

Die Fenster sind in hellen Farben gehalten, teils um dem Wesen des evangelischen Gottesdienstes mehr zu entsprechen und Helligkeit zum Lesen des Gesangstextes zu haben und, weil der Raum nach Nordost liegt, also nur frühmorgens im Sommer Sonne erhält.

Die in den Werkstätten Heinersdorff, Ruhl-Wagner, Berlin-Treptow, hergestellten, für den katholischen Andachtsraum bestimmten Fenster, welche leider hier nicht aufgestellt werden konnten, sind tief in der Farbe gehalten, dem inneren Wesen der Kirchen dienend und die Südwandfläche des Raumes berücksichtigend, deren größere Lichtfülle die stärkeren Farben lebendig machen kann. Otto Linde.

Angeforderte Bürgermeisterwahl. Gegen die Bürgermeisterwahl in Mörch wurde seitens der sozialdemokratischen Fraktion Einspruch erhoben. In der Sitzung des Bezirksrates in Ettlingen wurde dem Einspruch stattgegeben, so daß ein zweiter Wahlgang stattfinden muß.

Kurze Nachrichten aus Baden

bid. Mannheim, 7. Juli. Die Handelshochschule Mannheim beging gestern die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Am Nachmittag fanden sich der Lehrkörper und zahlreiche Ehrengäste im Saale des Friedrichsparks ein, wo Rektor Professor Dr. Luderemann den Bericht über das verfloßene Studienjahr erstattete. Sodann hielt der ordentl. Professor Dr. E. Schuster die Rede über „Wirtschaftstheorie und Praxis“.

bid. Wahlen (bei Lörrach), 7. Juli. Der Oberbadische Fischereiverband beschloß in einer Ausschusssitzung, am 22. Juli eine Hauptversammlung abzuhalten. Es wurde beschlossen, im Altheim, in dem Staube, der unterhalb des Kraftwerks Wahlen gelegen ist, eine Hechtzuchtanstalt zur künstlichen Zucht der immer mehr zurückgehenden Hechtzucht einzurichten. Es soll mit dem Bau schon in den nächsten Tagen begonnen werden. In der Anstalt können im Jahre ungefähr 1 Million Hechte ausgebrütet werden.

Landschaftsbild wenig gestört wird. Entlang der Staugrenze soll da und dort das Ufer durch Ablagerung von Findlingen und Anpflanzung von Baumgruppen, wie sie das heutige Ufer aufweist, betont und abwechslungsreicher gestaltet werden. Bezüglich des Titisees soll durch geeignete Maßnahmen dafür gesorgt werden, daß beim Zurückgehen des Wasserstandes keine Längelpflanzung durch geeignete Stellen verpflanzt werden. Seltene Pflanzen in den Hochmooren am Schluchsee und Titisee sollen an andere geeignete Stellen verpflanzt werden. Soweit wichtige Fragen des Heimat- und Naturschutzes berührt werden, werden diese mit dem berufenen Vertreter des Natur- und Heimatwesens erörtert und klargestellt.

Die Vereinbarungen, die mit den Anliegern des Titisees getroffen wurden und die in den Konzeptionsbedingungen verankert sind, werden sicherlich eine Beruhigung auslösen und die Überzeugung bringen, daß in weitestem Maße für die Erhaltung des schönen Landschaftsbildes am Titisee gesorgt ist. Der Schluchsee wird durch Auffüllung um 59 Meter zu einem 108 Millionen Kubikmeter Wasser fassenden Speicherbecken ausgebaut. Der Abfluß geschieht durch eine Sperrmauer im Schwargatal, die 75 000 Kubikmeter Betonmauerwerk erfordert. Die Oberfläche des Sees, die heute rund ein Quadratkilometer beträgt, wird auf das fünffache vergrößert. Das Gelände ist bereits mit 95 Prozent für die Zwecke der Einstauung sichergestellt. Das Krafthaus wird bei Häusern errichtet. Es werden dort Maschinen von 72 000 Kilowatt betriebstätiger Leistung aufgestellt. Es sind drei Ausbaustufen vorgesehen. Die Gesamterzeugung des Schluchseewerkes im vollen Ausbau wird etwa 350 Mill. Kilowattstunden betragen.

Die sechste Tagung des deutsch-französischen Studentenkommitees

In Baden-Baden ging am Freitag nach dreitägiger Dauer die sechste Tagung des vor zwei Jahren in Luxemburg gegründeten deutsch-französischen Studentenkommitees zu Ende. Auch diesmal waren etwa 20 Vertreter auf deutscher und französischer Seite als Teilnehmer erschienen.

Auf deutscher Seite waren u. a. anwesend: Der Präsident der deutschen Sektion, Staatsminister a. D. Alfred von Nostiz-Wallwitz, Prof. Bergsträßer, Heibelberg, Prof. E. R. Curtius, Heibelberg, Louis Hagen, Köln, Fürst Hermann zu Hatzfeld, Wildenburg, Graf Praszma, Staatsminister a. D. Schmitt-Ott, der Direktor der Deutschen Bank, von Stauff, Bankier Warburg, Hamburg, und der Bischof von Meißen.

Auf französischer Seite bemerkte man den Gesandten Laurent, den Vorsitzenden der französischen Gruppe, den Bischof von Arras, Graf d'Ormesson, den Großindustriellen de Peperimhoff, den Schriftsteller Schlumberger, Prof. Henry Lichtenberger und außerdem den Generaldirektor der elsässischen Raffinerie, Bankier Debray.

Eingeleitet wurde die Tagung (wie schon kurz berichtet) durch eine eindrucksvolle Gedenkfeier für den unlängst verstorbenen ersten Präsidenten Emil Mayrich, dessen die Herren Felix Deutsch, Edgar Schlubach und John Dell — Piaß gedachten.

Weiter beschäftigte sich das Komitee mit der Frage des internationalen Nachrichtenwesens und dem Ausbau der Presse in Deutschland und Frankreich. Ein Überblick, der von Graf Oberdorff, Herrn Pierre Yvanek und Graf d'Ormesson gegeben wurde, bestätigte wieder, wie überaus wichtig ein solches Problem gerade für die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen ist.

Der zweite Teil der Verhandlungen galt der Lage der deutschen und französischen Landwirtschaft. Hierbei sprach auf deutscher Seite Reichsminister a. D. Dr. Hermes. Von der Weltwirtschaftslage ausgehend, wies der Redner nach, daß trotz der besonderen Winde in der Wirtschaft eine ähnliche landwirtschaftliche Situation in Deutschland wie in Frankreich bestehe. Unter Bezugnahme auf die Arbeiten des Enquete-ausschusses an der Genfer Wirtschaftskonferenz, betonte Dr. Hermes die Notwendigkeit der Erörterung der Beziehungen auch in dieser Hinsicht zwischen den beiden benachbarten Ländern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsch-französische Studentenkommitee seinerseits dazu beitragen werde. Auf französischer Seite sprach in dieser Frage der 2. Vorsitzende der französischen Landwirtschaft, Graf de Nicolai. Er wies unter Betonung der sich in vielen verwandten Punkten näherstehenden beiden Länder auf dieselben Punkte wie Dr. Hermes hin.

Es wurde beschlossen, die nächste Gesamttagung im Januar in Paris abzuhalten, wobei die verschiedenen Probleme, die sich bei der jetzigen Zusammenkunft ergeben haben, weiterhin behandelt werden sollen.

Schweinezweizählung in Baden am 1. Juli 1928

St. A. Am 1. Juni d. J. wurden im Linde Baden insgesamt 496 591 Schweine gezählt, d. i. gegenüber dem Schweinebestand vom 1. Dezember 1927 (mit 592 739) weniger: 96 148 Schweine. An Ferkeln (unter 8 Wochen alt) waren am 1. Juni d. J. 96 134 vorhanden (gegenüber 85 264 am 1. Dezember 1927); Läufer (8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt) wurden 257 988 gezählt (gegen 289 987 am 1. Dezember 1927). Die Gesamtzahl der 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alten Schweine betrug am Stichtag 102 913 (gegen 152 055 am 1. Dezember 1927, d. i. weniger: 49 142). Die Gesamtzahl aller übrigen Schweine (1 1/2 Jahre u. alt. Schweine) beziffert sich auf 37 606 gegenüber 55 453 am 1. Dez. 1927. Es haben danach nur die Jungtiere (Ferkel und Läufer unter 1/2 Jahr) eine Zunahme von im ganzen 30 841 Stück zu verzeichnen, während der Gesamtbestand aller anderen Schweine (1/2 Jahr alt und darüber) um rund 67 000 (genau 66 989 Stück) zurückgegangen ist.

Annahme des Freiburger Voranschlags. Die Beratungen des städtischen Voranschlags vor dem Bürgerausschuß wurden am Donnerstag nachmittag nach 4 1/2 tägiger Verhandlungsdauer zu Ende geführt. Der Voranschlag wurde gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Geschäftigen angenommen. Das Haus war zuletzt nur noch schwach besucht. Ein Antrag des demokratischen Stadtverordneten Fehrenbach für die Errichtung eines Stranbades in Freiburg verfiel mit den Stimmen des Zentrums und der Wirtschaftspartei der Ablehnung.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Mit dem raschen Fortschreiten des nördlichen Luftwirbels bis zum baltischen Meerbusen sind einige Randwellen schon gestern durchgezogen, wobei zum Teil böige, kühlere Luftzufuhr ozeanischen Ursprungs eingeseht hat. Wiedereholt kam es zu meist geringen Regenfällen in Süd- und Nordbaden mit Gewittern. Die restlichen Störungen werden heute ausgeglichen. Dem neuen anrückenden ozeanischen Luftwirbel vorausgehend, schiebt sich abermals ein Hochdruckrücken gegen Mitteleuropa vor, unter dessen Einfluß wir wieder heiteres, wärmeres Wetter zu erwarten haben, das wohl auch noch am Montag andauern wird. — Wetterausichten für Sonntag: Weist heiter und trocken, wieder wärmer, abflauende Winde.

Verschiedenes

Die „Bremen“-Flieger haben dem früheren Kaiser in Doorn einen Besuch abgestattet und werden heute in Köln erwartet.

Der Flieger Lundborg gerettet. Von Hauptmann Tornberg, dem Chef der schwedischen Spitzbergen-Expedition, traf die Meldung ein, daß Hauptmann Lundborg, der schwedische Flieger, der Nobile gerettet hat und beim zweiten Versuch, Leute der Gruppe mit dem Flugzeug abzuholen, selbst verunglückt war und sich seit zwölf Tagen bei Siglieri aufhalten mußte, gerettet ist.

Nach 200 Flugzeugmotoren durch Feuer vernichtet. Bei einem Brande in der Flugmotorenfabrik „Avia“ in Warschau wurde das ganze Gebäude zerstört. 60 fertige und 40 im Bau befindliche Flugzeugmotoren sowie 96 andere Maschinen wurden vernichtet. Der Sachschaden beträgt mehr als eine Million Floty.

Zum Tod des Bankiers Loewenstein. Bis jetzt ist noch nicht geklärt, ob der Bankier Loewenstein durch einen unglücklichen Zufall aus seinem Flugzeug gestürzt ist, oder ob Selbstmord vorliegt. Die französischen Behörden in Calais, die sich mit dem Zwischenfall befassen, neigen zu der Annahme, daß Herr Loewenstein Selbstmord begangen habe. Auf dem Flugplatz

Le Bourget wurde, wie der „Temps“ mitteilt, mit einem Flugzeug von dem gleichen Typ, mit dem der Bankier Loewenstein verunglückt ist, der Versuch gemacht, ob sich während der Fahrt die Ausgansklappen öffnen läßt. Zwei Mechaniker der Flugzeugfirma Joffe versuchten während des Laufens der Motoren bei voller Geschwindigkeit, die Tür zu öffnen. Erst, als sie beide gemeinsam sich mit voller Kraft dagegen stemmten, entstand eine Öffnung von genügender Größe, daß ein Mensch hätte hinausfallen können. Der Vertreter der Firma Joffe hat auf Grund dieses Versuches festgestellt, daß es einem einzelnen Menschen nahezu unmöglich sei, die Tür eines Flugzeuges dieses Modells während der Fahrt zu öffnen.

Eisenbahnunfall. Der Personenzug Augsburg-Weilheim wurde bei der Einfahrt in den Bahnhof Geltendorf von einem auslaufenden Güterwagen von der Platte angefahren. Drei Reisende und ein Quasikaffner wurden leicht verletzt.

Ein D-Zugunglück verhütet. Durch das schwere Unwetter, das Freitag mittag über ganz Thüringen niederging, wurde bei Breitingen (Verratal) ein Baumstamm quer über die Schienen der Strecke Eisenach-Richtenfels geworfen, die vom Zug D 191 um 15.23 Uhr passiert werden mußte. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis rechtzeitig und gab mit

allen Mitteln Gegenwind, wobei die Lokomotive zur Entgleisung kam. Größerer Materialschaden entstand nicht. Personen wurden nicht verletzt.

Mord. Bei Krumbühl wurde der im Gebirge zur Erholung weilende Oberpfarrer Schöne aus Nodelsdorf erschossen aufgefunden. — Auf einer Güterverwaltung bei Brieg (Kreis Breslau) sollte ein verdächtiger Mann verhaftet werden. In demselben Augenblick streckte der Fremde den Inspektor Nothe und den Landjägermeister durch Fremde den Inspektor Nothe und suchte, auf der Straße weiterziehend, das Weite. Nothe ist seinen Verletzungen erlegen. Der Landjäger Nagel wurde durch Hals- und Lungenkugeln schwer verletzt. Man nimmt an, daß der Täter der Raubmörder Bolzer ist, der wegen Raubmordes in der Gegend von Oppeln verfolgt wird.

In China gefälschte 50-Pf.-Stücke. An Bord deutscher Überseedampfer, die aus China kommen, sind in der letzten Zeit mehrfach gefälschte deutsche 50-Pf.-Stücke aufgetaucht. Bisher wurden, wie eine Korrespondenz mitteilt, 126 Stücke beschlagnahmt. Alle stammen aus derselben Werkstatt, die in China liegen muß. Ein Teil ist nach weiteren Ermittlungen durch chinesische Geldwechsler in Hongkong an Bord gekommen. Alle Maßnahmen zur Verhütung der weiteren Einschleppung der Fälschungen nach Deutschland wurden alsbald getroffen.

Benutzen Sie
die günstige Gelegenheit
zur Deckung Ihres Bedarfs in
Seib- und Bettwäsche
im Wäsche-Spezialgeschäft
HERRMANN & Co.
Herrnstraße Ecke Zirkel
Einzelstücke von Damascoupons enorm billigt
Ratenkaufabkommen

Moderne erstklassige
Dampfstraßenwalzen
im Gewicht von 13,6, 15,6 und 16 t sofort günstig
zu vermieten.
J. Friedrich Storz
Walzbetrieb
Tuttlingen
Telephon 353

Ludwig
Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

„Die Muskeln stark, die Wangen rot,
Erhält Hanauer Bauernbrot“
Das täglich aus dem Hanauerland
frisch eintreffende
Bauernbrot
ist nur „echt“ mit
dieser Schutzmarke

Verkaufsstellen in Karlsruhe:
Hauptgeschäft:
Kronenstraße 25
Telephon Nr. 3990
Körnerstraße 38
M. Würzburger, Tullastraße 82
Diefenbach Nachf., Luisenstraße 58
J. Böckel, Bürgerstraße 22
Schott, Roonstraße 32
Friedrich Kiefer, Neckarstraße 25
Frau Lipp an den Markttagen:
Am Alten Bahnhof (Hauptportal) und
Am Ludwigsplatz (Erbsenstraße)
Delikatessenhaus Gümpel,
Durlach 524

Detektiv-Institut
u. Privat-
Rückkunft
Argus
Mannheim
O 6, 6
Planen
Inhaltsverzeichnis 33305
A. Maler & Co., G.m.b.H.

Korbmöbel
Mercedes
Günstig ab Fabrik, an Privats!
Bequeme Tischstühle, Hochstuhl, Katalog
auf Wunsch
Korbmöbelwerk Mercedes Lorch, W.

Ihren Umzug betr.
brauchen Sie
Möbelwagen?
64
dam
Bad. Lagerhaus Offenburg.
Besitzer: Willy Wagner
fragen. Erstf. bestempf. zuverl.
Möbelspeditions-Unternehmen.

N. 380. Bruchfal. Im
Konkursverfahren über das
Vermögen der Orientalischen
Tabak- und Zigarettenfabrik
„Caavi“ G.m.b.H. in Bruch-
fal wird besonderer Prü-
fungstermin bestimmt auf:
Mittwoch, den 29. August 1928,
vormittags 9 Uhr,
vor das Amtsgericht, Zim-
mer 16.
Bruchfal, 30. Juni 1928.
Amtsgericht II.

Schönnau. N. 375
Güterrechtsregister Bd. I,
Seite 70: Alfred Gutmann,
Büchsenfabrikant, u. dessen
Ehefrau Maria Theresia
geb. Nub in Todman.
Weiteres Vermögen ist als
Vorbehaltsgut der Frau
durch Ergänzungsvertrag
vom 13. Juni 1928 erklärt.
Schönnau, 27. Juni 1928.
Badisches Amtsgericht.

Bühl. N. 379
Güterrechtsregister Bd. I
S. 33: Wilhelm Schababerle,
Landwirt in Ottersweier,
und Rosa geb. Walch. Ver-
trag vom 21. Mai 1928.
Gütertrennung. Bühl, den
5. Juli 1928. Bad. Amts-
gericht.

Die Gemeinde Königsbach (Baden) sucht einen leichten
auf steilem Wege verwendbaren
Reichenwagen
Preisangebote mit Lieferzeit sind bis 15. d. Mts. an
das Bürgermeistertum zu richten.
Königsbach, den 4. Juli 1928.
Der Gemeinderat.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. 742


Des Volkes Wohl ist unserer Arbeit Ziel!
Die größte Verbraucherorganisation Mittelbadens, entstanden durch
den Zusammenschluß von über
25 000 Verbraucherefamilien
aller Stände, ist der
Lebensbedürfnisverein
KARLSRUHE
Jeder Verbraucher kann Mitglied werden. Aufnahme frei. Der
Geschäftsanteil von 30 RM. kann durch Rückvergütungsgutschrift in
drei Jahren erworben werden. Beitrittserklärungen
in allen Verteilungsstellen erhältlich
Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
746

Südwestliche
Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
Bekanntmachung.
I. Am 29. Juli 1928, vormittags 9 Uhr, wird
im Sitzungssaal der Handwerkskammer in Konstanz die
46. ordentliche Genossenschaftsversammlung
abgehalten, zu der die Delegierten gemäß § 11 Art. I
der Satzungen hiermit eingeladen werden. Anderen
Mitgliedern der Genossenschaft, die nicht Vertreter zur
Genossenschaftsversammlung sind, kann zu einzelnen
Punkten der Tagesordnung Zutritt ohne Stimmrecht
gewährt werden.
Tagesordnung.
1. Genehmigung der Niederschrift der 45. ordentlichen
Genossenschaftsversammlung vom 2. Oktober 1927;
2. Erstattung des Geschäfts- und Rechnungsberichts
für das Jahr 1927 für Berufsgenossenschaft und
Zweiggenossenschaft;
3. Prüfung und Abnahme der beiden Jahresrechnun-
gen, Bericht der Rechnungsprüfer;
4. Beschlußfassung über:
a) Den Voranschlag der Verwaltungslosten für das
Jahr 1929;
b) Verstärkung des eisernen Betriebsfodes;
c) Bereitstellung von Mitteln zur Abfindung von
Infallrenten;
d) Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von
Strommaschinen;
5. Wahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsaus-
schusses für 1929 zur Vorprüfung der Jahresrech-
nung für 1928;
6. Vermögensauseinandersetzung bei Betriebsüber-
gängen nach § 673 der Reichsversicherungsordnung;
7. Verlängerung des Gefahrtarifs;
8. Bericht über die:
a) Haftpflichtversicherung des Deutschen Baugewer-
merbes;
b) Unfallversicherungsanstalt des Deutschen Bau-
gewerbes;
9. Entschädigungen der ehrenamtlichen Organe und
der Vertreter der Versicherten;
10. Verufungen an die Genossenschaftsversammlung
gemäß § 906 der Reichsversicherungsordnung;
11. Verschiedenes.
II. Der Rechnungsabluß der Zweiganstalt wird
gemäß § 14 der Nebenstatuten durch Ausschuss am Ver-
waltungsgebäude der Berufsgenossenschaft in Karls-
ruhe, Kriegsstraße Nr. 35 vom 30. Juli 1928 bis 13.
August 1928 veröffentlicht.
Karlsruhe, den 6. Juli 1928.
Der Genossenschaftsvorstand:
G. Trier. 745